

## ZUSÄTZLICHE VERTRAGSBEDINGUNGEN

### 1. Vertragsbestandteile, Geltungsbereich

Nachstehende Zusätzliche Vertragsbedingungen („ZVB“) sind Vertragsbestandteil und ergänzen bzw. konkretisieren die vorstehenden BVB dieses Formblatts 214.H („BVB“).

Die ZVB sind auf das zu vergebende Bauvorhaben ausgelegt und enthalten weitere, vom Auftragnehmer einzuhaltende Bestimmungen. Im Falle des Widerspruchs gelten diese ZVB vorrangig zu den BVB.

### 2. Preisermittlungen (zu § 2 VOB/B)

2.1 Sind nach § 2 VOB/B neue Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlungen für das Nachtragsangebot einschließlich einer nachvollziehbaren Aufgliederung der Einheitspreise spätestens mit dem Angebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Das Nachtragsangebot hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich, im Regelfall innerhalb von 7 Werktagen unentgeltlich vorzulegen. Darin sind die Minderkosten und entfallen Pos. des Hauptauftrages auszuweisen.

2.2 Die Vereinbarung des neuen Preises ist möglichst vor Beginn der Ausführung zu treffen. Die Parteien bemühen sich, in angemessener Frist, spätestens aber binnen 15 Kalendertagen nach dem Änderungsbegehren des Auftraggebers eine umfassende Nachtragsvereinbarung zu schließen. Sollte dies den Parteien nicht gelingen, ist der Auftragnehmer im Interesse eines ungestörten Bauablaufs dennoch verpflichtet, den Nachtrag auszuführen, wenn der Auftraggeber die Ausführung dieser Leistung unter dem Vorbehalt einer abschließenden Prüfung schriftlich anordnet. Drohen dem Auftraggeber ohne unverzügliche Ausführung der Nachtragsleistung schwerwiegende Nachteile (Gefahr im Verzug), ist er berechtigt, die Änderung schon vor Ablauf der Einigungsfrist anzuordnen.

### 3. Ausführungsunterlagen (zu § 3 VOB/B)

3.1 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Zeitpunkt, zu dem er die nach dem Vertrag vom Auftraggeber zu liefernden Unterlagen benötigt, so frühzeitig anzugeben, dass die Übergabe durch den Auftraggeber rechtzeitig erfolgen kann.

3.2 Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet und freigegeben sind.

3.3 Der Auftragnehmer hat, soweit ihm Pläne, Zeichnungen, Berechnungen oder sonstige Unterlagen überlassen werden, diese auf ihre technische Richtigkeit, Vollständigkeit und Vertragskonformität zu überprüfen und etwaige Unstimmigkeiten und/oder entdeckte oder vermutete Mängel dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

### 4. Ausführung (zu § 4 VOB/B)

4.1 Der vom Auftragnehmer bestellte und verantwortliche Bauleiter ist dem Auftraggeber schriftlich mit Namen und Anschrift zu benennen; er muss die deutsche Sprache in Wort

und Schrift beherrschen und darf nur mit Zustimmung des Auftraggebers ausgetauscht werden.

- 4.2 Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht seines Arbeitsbereiches. Der Auftragnehmer hat alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung der Arbeiten und des Verkehrs innerhalb seines Arbeitsbereiches durchzuführen. Er hat hierfür einen ständig erreichbaren Verantwortlichen nebst Stellvertreter zu bestellen und dem Auftraggeber zu benennen.
- 4.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, täglich Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber spätestens 3 Werktage nach Ausführung eine Durchschrift zu übergeben. Der Auftraggeber hat die Kenntnisnahme der Bautagesberichte durch seine Unterschrift zu bestätigen. Er ist berechtigt, abweichende Sachdarstellungen im Bautagesbericht zu vermerken. Die Einverständniserklärung muss schriftlich erfolgen.
- 4.4 Die Bautagesberichte müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können; je nach Art der Leistung sind dies insbesondere:
- a. Wetter, Temperaturen,
  - b. Beginn und Ende der Arbeitszeit,
  - c. Zahl der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte nach ihrer Qualifikation,
  - d. Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
  - e. Anlieferung von Hauptbaustoffen,
  - f. Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit Angaben zum Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten etc.),
  - g. Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
  - h. Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
  - i. Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.
- 4.5 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind nach der Bauausführung wieder in den Zustand wie vor Baubeginn zu versetzen.
- 4.6 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers an Nachunternehmer übertragen. Sie müssen fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein. Dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.
- 4.7 Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass die Nachunternehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weitervergeben, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt; Ziff. 4.6 gilt entsprechend.

- 4.8 Der Auftragnehmer wird an den allgemeinen Kosten der Baustelle wie folgt beteiligt: Für den Verbrauch von Strom und Wasser wird pauschal mit 0,5 % der Brutto-Schlussrechnungssumme (vor Abzügen) berechnet. Der Auftraggeber ist berechtigt, diesen Betrag bei der Schlusszahlung in Abzug zu bringen.

## **5. Ausführungsfristen – Ergänzung zu Ziff. 1 BVB (zu § 5 VOB/B)**

- 5.1 Verlängerungen der Ausführungstermine oder Ausführungsfristen, z. B. infolge von Witterungseinflüssen, mit denen bei Angebotsabgabe gerechnet werden musste, begründen keine Ansprüche auf besondere Vergütung. Schadenersatzansprüche nach § 6 Nr. 6 VOB/B bleiben unberührt.
- 5.2 Haben sich die Vertragstermine überworfen oder gelten aus sonstigen Gründen nicht mehr als verbindlich (z. B. wegen Störungen im Bauablauf), verpflichten sich die Parteien auf Verlangen des Auftraggebers neue verbindliche Ausführungsfristen zu vereinbaren.

## **6. Haftung und Versicherung (zu § 10 VOB/B)**

- 6.1 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter wegen schädigender Auswirkungen (Schäden, Nachteile, Verlust oder Beeinträchtigungen), die durch den Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen verursacht und/oder von diesen zu vertreten sind, freizustellen.
- 6.2 Der Auftraggeber schließt eine Bauleistungsversicherung für das gegenständliche Bauvorhaben ab. Der Auftragnehmer beteiligt sich an den Kosten der Versicherung mit einem Betrag in Höhe von 0,2 % der Brutto-Schlussrechnungssumme (vor Abzügen). Der Auftraggeber ist berechtigt, diesen Betrag bei der Schlusszahlung in Abzug zu bringen.
- 6.3 Der Auftragnehmer wird sich gegen Haftpflichtschäden, die im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrages entstehen können, für die Dauer seiner Ausführungs- und Gewährleistungspflicht einschließlich etwaiger Nachunternehmerleistungen gem. den Vorgaben aus dem Ausschreibungsverfahren versichern und die Versicherung ununterbrochen aufrechterhalten.
- 6.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Nachweis über die geforderten Versicherungssummen spätestens 10 Tage nach Zuschlagserteilung durch Übersenden von Versicherungsbestätigungen zu führen.
- 6.5 Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen ein Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

## **7. Vertragsstrafe – Ergänzung zu Ziff. 2 BVB (zu § 11 VOB/B)**

- 7.1 Für Ziff. 2.1 S. 1 BVB gilt abweichend: Bezugsgröße für die Berechnung der Vertragsstrafe im Falle des Überschreitens der unter 1. BVB als Vertragsfrist vereinbarten Frist für die Vollendung ist nicht die im Auftragschreiben genannte Auftrags-, sondern die *geprüfte Netto-Schlussrechnungssumme* (ohne Umsatzsteuer).

- 7.2 Anstelle von Ziff. 2.2 S. 1 BVB gilt abweichend: Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 % der *geprüften Netto-Schlussrechnungssumme* (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.
- 7.3 Die Geltendmachung weiterer Schadenersatzansprüche bleibt unberührt. Eine verwirkte Vertragsstrafe wird jedoch auf solche Schadenersatzansprüche angerechnet.
- 7.4 Die Vertragsstrafe gilt auch dann, wenn die Parteien neue Vertragstermine (abweichend von denen in Ziff. 1 BVB) vereinbaren. Einer neuen Vereinbarung der Vertragsstrafe bedarf es in diesem Fall nicht. Bereits verwirkte Vertragsstrafen und verzugsbedingte Schadenersatzansprüche des Auftraggebers entfallen nicht durch die Vereinbarung neuer Termine.
- 7.5 Die Vertragsstrafe kann bis zur Fälligkeit der Schlussrechnung im Sinne des § 16 Abs. 3, Nr. 1 VOB/B geltend gemacht werden.

## **8. Abnahme (zu § 12 VOB/B)**

- 8.1 Der Auftragnehmer hat die Abnahme, ggf. auch Teilabnahme (§ 12 Abs. 2 VOB/B), rechtzeitig schriftlich zu beantragen. Die Frist des § 12 Abs. 1 VOB/B wird auf 18 Werktage verlängert.
- 8.2 Die Leistung wird förmlich gemeinsam abgenommen. Das Ergebnis wird in einem Abnahmeprotokoll dokumentiert und ist von beiden Parteien zu unterzeichnen.
- 8.3 Der Auftragnehmer hat bei der Abnahme mitzuwirken und die erforderlichen Arbeitskräfte und Messgeräte zu stellen.
- 8.4 Spätestens mit der Abnahme hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle relevanten Unterlagen vorzulegen, u. a. (jeweils sofern einschlägig) Nachweise über bestimmte Eigenschaften von Baustoffen etc., Hersteller- und Fabrikatsangaben etc., Lieferscheine und Daten-/Produktblätter aller verbauten Materialien und Produkte, Prüfatteste, Abnahmebescheinigungen etc. von staatlichen und hierfür besonders bestellten Stellen, statische Nachweise, Bedienungs- und Pflegeanleitungen sowie Handbücher für alle technischen Anlagen, Errichter-/Fachunternehmererklärungen, Bestandspläne der Ausführung (Format: dwg- und pdf-Dateien).

## **9. Abrechnung (zu § 14 VOB/B)**

- 9.1 Die für die Abrechnung notwendigen Feststellungen sind auf der Baustelle möglichst gemeinsam zu treffen. Für Leistungen, die bei der Weiterführung der Arbeiten nur schwer feststellbar sind, hat der Auftragnehmer rechtzeitig gemeinsame Feststellungen zu beantragen.
- 9.2 Aus den o. g. Feststellungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße und sonstige, für die Rechnungsprüfung relevanten Angaben unmittelbar hervorgehen.
- 9.3 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen und in elektronischer Form nebst den notwendigen Rechnungsunterlagen

(z. B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen oder andere Belege) an den Auftraggeber einzureichen. Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren. In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

- 9.4 In jeder Rechnung sind die Bestellnummer und die Bezeichnung der Bauleistung anzugeben und Teilleistungen in der Reihenfolge mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.

## **10. Zahlung – Ergänzung zu Ziff. 3 BVB (zu §§ 14 und 16 VOB/B)**

- 10.1 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.
- 10.2 Ein angebotenes Skonto wird bei jeder einzelnen Zahlung (Abschlags-/Voraus-/Teilschluss-/ Schlusszahlung) abgezogen, bei der die vereinbarte Zahlungsfrist eingehalten wird.
- 10.3 Die Zahlung der Abschlagsrechnungen erfolgt jeweils in voller Höhe, sofern der Auftragnehmer die nach Ziff. 13 dieser ZVB vereinbarte Vertragserfüllungssicherheit vorgelegt hat. Bis zu deren Vorlage ist der Auftragnehmer zu einem Einbehalt von 10 % der jeweiligen Abschlagsrechnung berechtigt. Der Auftragnehmer kann den vereinbarten Sicherheitseinbehalt durch Stellung einer Vertragserfüllungsbürgschaft gem. Ziff. 13 dieser ZVB ablösen.
- 10.4 Bei Vorauszahlungen nach § 16 Abs. 2 VOB/B hat der Auftragnehmer in gleicher Höhe der Vorauszahlung Sicherheit durch Bürgschaft (Formular des Auftraggebers, siehe Ziff. 6 BVB) zu leisten; auf Ziff. 12.2 und Ziff. 15.2 dieser ZVB wird verwiesen.
- 10.5 Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v. H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge. Dies gilt auch, wenn der Preisnachlass auf die Auftragssumme bezogen ist.
- 10.6 Im Falle der Überzahlung ist der Auftragnehmer zur Rückzahlung verpflichtet; er kann sich nicht auf einen Wegfall der Bereicherung gemäß § 818 Abs. 3 BGB berufen. Leistet der Auftragnehmer innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, gerät er mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

## **11. Stundenlohnarbeiten (zu § 15 VOB/B)**

- 11.1 Stundenlohnarbeiten dürfen erst nach einer gesonderten, schriftlichen Beauftragung durch den Auftraggeber ausgeführt werden.

- 11.2 Der Auftragnehmer hat über Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3 VOB/B enthalten
- a. das Datum,
  - b. die Bezeichnung der Baustelle,
  - c. die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
  - d. die Art der Leistung,
  - e. die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufsgruppen,
  - f. die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft,
  - g. ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
  - h. die geleisteten Maschineneinsatzstunden je Gerät mit den Gerätekenngrößen.
- 11.3 Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden. Die Unterschrift unter Stundenlohnzetteln gilt nicht als Rechnungsanerkennung. Sind Stundenlohnarbeiten mit anderen Leistungen verbunden, so sind diese in der Rechnung gesondert aufzuführen.

## **12. Sicherheitsleistung allgemein (zu § 17 VOB/B)**

- 12.1 Eine Sicherheit kann vom Auftragnehmer wahlweise durch Einbehalt oder durch Bürgschaft eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers gemäß § 17 Abs. 2 VOB/B geleistet werden.
- 12.2 Für vereinbarte Vorauszahlungen (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 VOB/B) ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten. Die Urkunde über eine Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn der mit der Vorauszahlungsbürgschaft vorgesehene Sicherungszweck erfüllt ist.
- 12.3 Bauhandwerkersicherungshypothek gem. § 650e BGB: Der Auftragnehmer kann den Anspruch aus § 650e BGB erst dann geltend machen, wenn er den Auftraggeber zuvor zur Stellung einer gleichwertigen Austauschsicherheit in angemessener Frist aufgefordert hat. Bis dahin ist der Anspruch aus § 650e BGB ausgeschlossen. Kommt der Auftraggeber vorgenannter Aufforderung des Auftragnehmers nicht nach und erwirkt der Auftragnehmer die Eintragung einer Vormerkung, hat der Auftraggeber gleichwohl einen Anspruch auf Löschung der eingetragenen Vormerkung Zug-um-Zug gegen Stellung einer Austauschsicherheit (z. B. Sicherheitsleistung in Höhe des Nennbetrages der Vormerkung zzgl. angemessener Sicherheitszuschlag).

## **13. Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung – Ergänzung zu Ziff. 4 der BVB (zu § 17 VOB/B)**

- 13.1 Abweichend zu den BVB (Formblatt 214) ist Sicherheit für die Vertragserfüllung ab einer Auftragssumme von 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer zu leisten.

- 13.2 Die Sicherheit für Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich vereinbarter und/oder angeordneter Leistungsänderungen und/oder Zusatzleistungen sowie Abrechnung, Vertragsstrafe, Mängelansprüche einschließlich sämtlicher mit Mängeln zusammenhängender Zahlungs- und Schadensersatzansprüche des Auftraggebers – insoweit jedoch nur wegen der vom Auftraggeber erstmals vor Abnahme oder spätestens bei Abnahme gerügten bzw. vorbehaltenen Mängel und/oder Mängelsymptome und die Erstattung von seitens des Auftraggebers spätestens bei Abnahme geforderter Rückzahlung eventueller Überzahlungen des Auftraggebers an den Auftragnehmer einschließlich Zinsen. Sie wird in Höhe von 10 % von allen zu leistenden Zahlungen - mit Ausnahme von Vorauszahlungen – einbehalten (siehe Ziff. 10.3 dieser ZVB).
- 13.3 Die Rückgabe der Vertragserfüllungsbürgschaft an den Auftragnehmer erfolgt gemäß § 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B Zug um Zug gegen Stellung der Sicherheit für die Mängelansprüche, es sei denn, dass Ansprüche des Auftraggebers, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt sind. Dann darf der Auftraggeber für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

#### **14. Sicherheitsleistung für Mängelansprüche – Ergänzung zu Ziff. 5 der BVB (zu § 17 VOB/B)**

- 14.1 Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung aller Mängelansprüche des Auftraggebers einschließlich aller Nachtragsleistungen nebst sämtlicher mit Mängeln zusammenhängender Zahlungs- und Schadensersatzansprüche, insoweit jedoch nur wegen der vom Auftraggeber erstmals nach Abnahme gerügten Mängel und/oder Mängelsymptome, sowie die erstmals nach Abnahme vom AG geforderte Rückzahlung eventueller Überzahlungen des Auftraggebers an den Auftragnehmer einschließlich Zinsen.
- 14.2 Für Ziff. 5 Alt. 2 der BVB gilt abweichend, dass die Sicherheit für Mängelansprüche 5 % der *Gesamt-Brutto-Abrechnungssumme der geprüften Schlussrechnung* beträgt.
- 14.3 Zur Rückgabe/Enthftung der Bürgschaft bzw. Teilrückgabe bzw. (Teil-)Enthftung ist der Auftraggeber unter den Voraussetzungen des § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B mit der Maßgabe verpflichtet, dass statt des in § 17 Abs. 8 Nr. 2 Satz 1 VOB/B genannten „starren“ Zeitraums von stets 2 Jahren der Ablauf der Gewährleistungsfrist für Mängelansprüche (je nach Art des Werks für die Rückgabe einer nicht verwerten Sicherheit für Mängelansprüche gilt. § 17 Abs. 8 Nr. 2 Satz 2 VOB/B bleibt unberührt.

#### **15. Bürgschaften – Ergänzung zu Ziff. 6 der BVB (zu § 17 VOB/B)**

- 15.1 Für Sicherheiten durch Bürgschaften sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.
- 15.2 Hiernach müssen die Bürgschaften unbefristet sein, mit der Rückgabe der Bürgschaft erlöschen und den Verzicht auf die Einrede der Vorausklage enthalten. Ebenso ist sicherzustellen

len, dass für Streitigkeiten aus einer Bürgschaft ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung findet und Gerichtsstand für Streitigkeiten aus der Bürgschaft der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle ist.

- 15.3 Es ist sicherzustellen, dass für Streitigkeiten aus einer Bürgschaft ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung findet und Gerichtsstand der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle ist.
- 15.4 Zur Vermeidung einer Doppelsicherung ist es dem Auftraggeber verwehrt, wegen derselben und gleich abgesicherten Ansprüche einerseits die Vertragserfüllungsbürgschaft nicht zu enthaften und andererseits weitere dem Auftraggeber zustehende Einwendungen zu erheben, insbesondere die Vergütung insoweit nicht auszuzahlen bzw. den Sicherheitseinbehalt oder die Bürgschaft für Mängelansprüche in Anspruch zu nehmen.

## **16. Weitere Verpflichtungen des Auftragnehmers**

- 16.1 Der Auftragnehmer versichert, seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Sozialversicherungsbeiträge ordnungsgemäß zu erfüllen.
- 16.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich während der gesamten Vertragslaufzeit die Einhaltung seiner im Vergabeverfahren abgegebenen Erklärungen zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit, aus der Scientology-Schutzerklärung sowie der Erklärung der Vorgaben aus dem Masernschutzgesetz.
- 16.3 Soweit nicht bereits erfolgt hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich nach Vertragsschluss eine wirksame Freistellungsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes nach § 48b EStG vorzulegen und zusätzlich eine Kopie auszuhändigen, ansonsten wird der Auftraggeber von fälligen Vergütungsansprüchen des Auftragnehmers 15 % des jeweiligen Brutto-Betrages einbehalten und mit befreiender Wirkung gegenüber dem Auftragnehmer an das zuständige Finanzamt zahlen.
- 16.4 Der Auftragnehmer hat fortlaufend Listen über die von ihm und seinen Nachunternehmern auf der Baustelle eingesetzten Beschäftigten zu führen. Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass alle in seinem und im Auftrag seiner Nachunternehmer auf der Baustelle Tätigen jederzeit Personal- und/oder Sozialversicherungsausweis bei sich führen.
- 16.5 Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über die Leistung nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.
- 16.6 Der Auftraggeber darf die vom Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Ausführungsunterlagen für die Durchführung der Leistung und ihre Erhaltung vervielfältigen und verwenden, für andere Zwecke nur mit Zustimmung des Auftragnehmers.

## **17. Sonstiges**

- 17.1 Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.



- 17.2 Abtretungen durch den Auftragnehmer sind ausgeschlossen. Der Auftragnehmer kann jedoch die Zustimmung des Auftraggebers zur Abtretung verlangen, sofern der Auftragnehmer ein berechtigtes Interesse an der Abtretung der Forderung nachweist und dieses Interesse das Interesse des Auftraggebers an dem Abtretungsverbot überwiegt. Im Falle der Zustimmung des Auftraggebers findet § 354a HGB trotzdem Anwendung. Der Auftragnehmer (Zedent) hat in diesem Falle dem Auftraggeber alle im Zusammenhang mit der Abtretung entstehenden Mehrkosten zu ersetzen.
- 17.3 Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Regensburg.

## **18. Datenschutz**

- 18.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die jeweils geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften, mindestens aber solche nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), zu erfüllen und seine Mitarbeiter und beauftragte Dritte, insbesondere Nachunternehmer, zu dieser Einhaltung ebenfalls zu verpflichten.
- 18.2 Die Parteien sind einander zum Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verpflichtet. Die Parteien sichern einander zu, Daten des jeweils anderen nicht unberechtigt an Dritte weiterzugeben oder Dritten in sonstiger Weise zugänglich zu machen sowie alle erforderlichen und angemessenen Vorkehrungen zu treffen, um einen Zugriff Dritter auf diese Daten zu vermeiden.

## **19. Salvatorische Klausel**

- 19.1 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform in deutscher Sprache.
- 19.2 Sollten eine oder mehrere Bestimmungen oder ein Teil einer Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder nichtig sein (werden) oder eine Regelung dieses Vertrages lückenhaft sein (werden), so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Die unwirksame bzw. nichtige oder lückenhafte Bestimmung ist zwischen den Vertragsparteien durch eine Regelung zu ersetzen, die dem Willen der Vertragsparteien möglichst nahekommt.